



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 14. bis 17. November 2011

Plenardebatte über strategische Prioritäten der Kommission für 2012	4
Am Dienstag werden die Abgeordneten das Arbeitsprogramm der Kommission für das nächste Jahr mit Präsident José Manuel Barroso diskutieren. In der derzeitigen Legislaturperiode (2009 - 2014) haben die Abgeordneten zum ersten Mal vor der Annahme durch die Kommission Einfluss auf das Programm genommen. Eingeführt wurde diese Neuerung durch den Vertrag von Lissabon.	
Parlament hält Druck für Economic Governance aufrecht	5
Am Mittwochmorgen wird die Rolle der EU, die sie bei der Stärkung der Economic Governance einnimmt, mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso diskutiert.	
Spekulation mit Staatsschulden und bestimmte Leerverkäufe reduzieren	6
Ein neues Gesetz zu Leerverkäufen und Credit Default Swaps (CDS), über das das Parlament am Dienstag abstimmen wird, soll die Geschäftemacherei mit der Finanzkrise eines Landes erheblich erschweren. Dieses Gesetz, das maßgeblich vom Parlament mitgestaltet wurde, stellt eine Reaktion auf die Finanzkrise dar. Der Einfluss zeigt sich im Besonderen im Verbot von CDS-Käufen für Käufer, die die zu Grunde liegenden Bonds des Landes nicht bereits besitzen.	
Zukunft der Kohäsions- und Agrarpolitik	7
Die EU-Abgeordneten werden die Kommissare Hahn and Ciolos am Dienstag befragen, wie man die EU-Kohäsions- und Agrarpolitik nach 2014 einfacher, wettbewerbsfähiger sowie wachstums- und auftragsbezogener gestalten kann. Die umfassende Überprüfung beider Politikbereiche ist jetzt im Gange, nachdem die Kommission im Oktober Reformvorschläge vorgestellt hat. Das Parlament ist entschlossen, seine Befugnisse als Mitgesetzgeber auszunutzen, um die zukünftige Gestaltung beider Politikfelder zu formen.	
EU-Abgeordnete drängen auf starke EU-Position beim UN-Klimagipfel	8
Die EU sollte dafür kämpfen, das Kyoto-Protokoll fortzuführen und die CO2-Emissionen über 2012 hinaus in Schach zu halten. Das wird in einem Resolutionsentwurf gefordert, über den das Plenum zwei Wochen vor dem UN-Klimagipfel in Durban, Südafrika, abstimmen wird. Die EU-Wirtschaft würde angeregt, wenn man über das jetzige Ziel, die Emissionen bis 2020 um 20 % zu verringern, hinausginge.	
LUX-Filmpreis-Verleihung 2011 am Mittwoch in Straßburg	9
Präsident Jerzy Buzek wird am 16. November um 11:45 Uhr während einer Zeremonie im Straßburger Plenarsaal den Gewinner des LUX-Filmpreises 2011 bekanntgeben.	
Ärzte sollen einfacher im EU-Ausland arbeiten können	10
Um es Ärzten, Ingenieuren, Zahnärzten und anderen Fachkräften zu erleichtern, im EU-Ausland arbeiten zu können, müssen die Mitgliedstaaten deren Qualifikationen schneller anerkennen, ohne Einschnitte bei der Zuverlässigkeit bzw. Sicherheit ihrer Arbeit für die Bürger zu machen. Über den Resolutionsentwurf des Binnenmarktausschusses wird am Dienstag abgestimmt.	
EP fordert Taten, um das Bienensterben aufzuhalten	11



Plenartagung

- Die EU soll ihre Investitionen in die Forschung über neue Arzneimitteln erhöhen, um das weitere Bienensterben zu verhindern, heißt es in einem am Dienstag abzustimmenden Resolutionsentwurf. Sie soll zudem ihre Bemühungen koordinieren, um die Bienen, die sich zu einer vom Aussterben bedrohten Art entwickeln, zu schützen.
- Europäisches Kulturerbe-Siegel ab 2013**..... 12
- Ab 2013 soll es ein freiwilliges Europäisches Kulturerbe-Siegel für symbolische Stätten europäischer Geschichte oder Integration geben. Denkmäler, Stätten im ländlichen oder industriellen Raum, Gedenkstätten oder "zeitgenössische" Kulturerbe-Stätten können mit diesem Siegel ausgezeichnet werden, heißt es in einen am Mittwoch abzustimmenden legislativen Resolutionsentwurf.
- Online-Glücksspiele: Stärkere EU-Zusammenarbeit gegen Schwarzmarkt und für Kinderschutz**..... 13
- Die EU-Mitgliedstaaten sollten weiterhin ihre Online-Glücksspielmärkte selbst regeln dürfen. Der grenzüberschreitende Charakter von Online-Glücksspieldiensten erbringe durch eine EU-weite Koordinierung ihrer Maßnahmen aber einen eindeutigen Zusatznutzen. So könnte illegalem Glücksspiel vorgebeugt werden. Auch könnten Kinder und gefährdete Erwachsene vor Spielsucht geschützt werden, heißt es in einer am Donnerstag abzustimmenden Resolution des Binnenmarktausschusses.
- 42,3 Mio. Euro Finanzhilfe für Arbeitslose in Irland, Österreich & Griechenland**... 14
- Am Mittwoch stimmen die Parlamentarier über Finanzhilfen in Gesamthöhe von 42,3 Mio. Euro für Arbeitslose in Irland, Österreich und Griechenland ab.
- EP stimmt über 40 Millionen Euro für integrierte Meerespolitik ab**..... 15
- Die Abgeordneten werden am Donnerstag über einen Fördertopf von 40 Mio. Euro abstimmen, den die EU für Projekte im Rahmen des 2007 vereinbarten Aktionsplans für integrierte Meerespolitik für den Zeitraum 2011-2013 zur Verfügung stellen soll. Der EP-Delegation ist es unter Führung des Berichtstatters Georgios Koumoutsakos (EVP, GR) gelungen, eine informelle Einigung mit dem Rat in erster Lesung auszuhandeln.
- Parlament befasst sich mit der Diskriminierung von Roma**..... 16
- Die EU-Parlamentarier diskutieren über Diskriminierung von und Menschenrechtsverletzungen an Roma am Mittwochnachmittag. Die Kommission und der Rat sollen darüber Auskunft geben, welche Maßnahmen sie ergreifen, um dieses fortbestehende Problem zu lösen und um das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit der Roma-Bürger in Europa sicherzustellen.
- Offenes Internet und Netzneutralität in Europa gewährleisten**..... 17
- Das Internet soll offen und neutral bleiben, verlangen die EU-Abgeordneten in einem Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird. Dies soll durch die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Telekommunikationsregeln gewährleistet werden. Ebenso fordern die Parlamentarier die Europäische Kommission auf, die Verwaltungsmethoden der Internetnutzung zu überwachen, um beispielsweise zu garantieren, dass die Internetverbindung der User nicht abbricht, wenn Netzwerke überlastet sind.
- Parlament setzt sich für fairen Wettbewerb auf der Schiene ein**..... 18
- Das Plenum wird über einen Richtlinienentwurf abstimmen, der die Wettbewerbsregeln im Bahnverkehr enger fassen und den Weg zu einem offenen und wettbewerbsfähigen, einheitlichen europäischen Bahnraum ebnen soll, der Bahnkunden und -fahrgästen mehr und bessere Dienstleistungen bietet. Jeder Mitgliedstaat soll einen unabhängigen Regulator einsetzen, der Marktbarrieren und -verzerrungen verhindert, fordert der Verkehrsausschuss in dem von Debora Serracchiani (S&D, IT) gezeichneten Bericht.
- Weitere Punkte auf der Tagesordnung**..... 19

Plenartagung

Pressedienst (Brüssel) :

Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009

STR: (+33) 3 881 74005

PORT: (+32) 498 98 13 37

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :

Jens POTTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 17 257 196

EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressediens (Wien) :

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646

PORT: (+43) 676 55 03 126

EMAIL: huberta.heinzel@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Plenardebatte über strategische Prioritäten der Kommission für 2012

Am Dienstag werden die Abgeordneten das Arbeitsprogramm der Kommission für das nächste Jahr mit Präsident José Manuel Barroso diskutieren. In der derzeitigen Legislaturperiode (2009 - 2014) haben die Abgeordneten zum ersten Mal vor der Annahme durch die Kommission Einfluss auf das Programm genommen. Eingeführt wurde diese Neuerung durch den Vertrag von Lissabon.

Debatte: Dienstag, 15. November 2011, 15:00 Uhr

Verfahren: Erklärung der Kommission

Plenartagung

Parlament hält Druck für Economic Governance aufrecht

Am Mittwochmorgen wird die Rolle der EU, die sie bei der Stärkung der Economic Governance einnimmt, mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso diskutiert.

Die Abgeordneten werden wahrscheinlich Druck auf Van Rompuy und Barroso ausüben, einen härteren Kurs in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Transparenz einzuschlagen und politischen Ansatz zu entwickeln, der nicht maßgeblich auf den Entscheidungen einiger weniger Mitgliedstaaten beruht. Die Kommission wird Ende November weitere Gesetzesvorschläge zu Economic Governance vorlegen.

Debatte: Mittwoch, 16. November 2011

Verfahren: Stellungnahmen des Rates und der Kommission

Plenartagung

Spekulation mit Staatsschulden und bestimmte Leerverkäufe reduzieren

Ein neues Gesetz zu Leerverkäufen und Credit Default Swaps (CDS), über das das Parlament am Dienstag abstimmen wird, soll die Geschäftemacherei mit der Finanzkrise eines Landes erheblich erschweren. Dieses Gesetz, das maßgeblich vom Parlament mitgestaltet wurde, stellt eine Reaktion auf die Finanzkrise dar. Der Einfluss zeigt sich im Besonderen im Verbot von CDS-Käufen für Käufer, die die zu Grunde liegenden Bonds des Landes nicht bereits besitzen.

Die Gesetzgebung wird die Regeln für Leerverkäufe und den CDS-Handel verschärfen. Beide Methoden werden bezichtigt, die Volatilität des Marktes zu schüren. Dem Handel mit CDS wird weitestgehend die Schuld daran gegeben, die Griechenland-Krise möglicherweise zu verschlimmern. Das übergeordnete Ziel der neuen Bedingungen ist es, mehr Transparenz durchzusetzen, damit Regulierungs- und Aufsichtsbehörden ihre Krisenpräventionsarbeit besser machen.

Das Parlament stärkt zudem die Position der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA), die nun im Zentrum aller Überwachungstätigkeiten steht. Die Behörde wird in einer Vielzahl von Fällen hinzugezogen werden, um ihr Verdikt zur Auslegung der Regeln zu geben. Außerdem werden ESMA's Notstandsbefugnisse erweitert, um ein schnelleres Handeln zu ermöglichen.

Debatte: Debatte fand in der Juli-Sitzung statt

Abstimmung: Dienstag, 15. November 2011

Verfahren: Mitbestimmung, erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(EN, 07.03.2011\)](#)
- [Pressemitteilung nach dem Trilog-Deal \(28.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Pascal CANFIN \(der Grünen/FEA, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Zukunft der Kohäsions- und Agrarpolitik

Die EU-Abgeordneten werden die Kommissare Hahn and Ciolos am Dienstag befragen, wie man die EU-Kohäsions- und Agrarpolitik nach 2014 einfacher, wettbewerbsfähiger sowie wachstums- und auftragsbezogener gestalten kann. Die umfassende Überprüfung beider Politikbereiche ist jetzt im Gange, nachdem die Kommission im Oktober Reformvorschläge vorgestellt hat. Das Parlament ist entschlossen, seine Befugnisse als Mitgesetzgeber auszunutzen, um die zukünftige Gestaltung beider Politikfelder zu formen.

Debatte: Dienstag, 15. November 2011

Verfahren: Fragestunde mit der Kommission

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung über Kohäsionspolitik \(07.10.2011\) \(EN\)](#)
- [Gesetzgebungspaket für Kohäsionspolitik 2014-2020 \(EN\)](#)
- [Komparative Studie zu Visionen und Möglichkeiten für Kohäsionspolitik nach 2013 \(EN\)](#)
- [Agrarpolitik-Reformpläne, debattiert von Ministern und EU-Abgeordnete in Brüssel \(EN, 8.11.2011\)](#)
- [Bürokratie für Bauern abbauen und grüne Maßnahmen überdenken, Agrarausschuss \(EN, 25.10.2011\)](#)
- [EU-Agrarpolitik nach 2013: Kommissionsvorschläge mit Vorbehalt willkommen heißen \(EN, 12.10.2011\)](#)
- [Rechtsvorschläge für die GAP nach 2013](#)

Plenartagung

EU-Abgeordnete drängen auf starke EU-Position beim UN-Klimagipfel

Die EU sollte dafür kämpfen, das Kyoto-Protokoll fortzuführen und die CO₂-Emissionen über 2012 hinaus in Schach zu halten. Das wird in einem Resolutionsentwurf gefordert, über den das Plenum zwei Wochen vor dem UN-Klimagipfel in Durban, Südafrika, abstimmen wird. Die EU-Wirtschaft würde angeregt, wenn man über das jetzige Ziel, die Emissionen bis 2020 um 20 % zu verringern, hinausginge.

Debatte: Dienstag, 15. November 2011

Abstimmung: Mittwoch, 16. November 2011

Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Pressekonferenz: Donnerstag, 10 November 2011 (vor der Plenarsitzung in Straßburg)

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung des Umweltausschusses \(EN, 26.10.2011\)](#)

Plenartagung

LUX-Filmpreis-Verleihung 2011 am Mittwoch in Straßburg

Präsident Jerzy Buzek wird am 16. November um 11:45 Uhr während einer Zeremonie im Straßburger Plenarsaal den Gewinner des LUX-Filmpreises 2011 bekanntgeben.

Bis zum 15. November haben die EU-Parlamentarier Zeit, mit ihrer Stimme den Gewinner zu wählen. Die drei Finalisten des LUX-Filmpreises sind "Attenberg" von Athina Rachel Tsangari, "Les neiges du Kilimandjaro" vom Robert Guédiguian sowie "Play" vom Ruben Östlund.

Der Gewinner erhält eine Unterstützung im Wert von 87.000 Euro für die Untertitelung in allen 23 EU-Amtssprachen, die Adaptierung für seh- und hörbehinderte Menschen und für die Herstellung einer 35-mm- oder digitalen Filmkopie für jeden Mitgliedstaat.

Wann: Mittwoch, 16. November 2011, 11:45-12:00 Uhr

Verfahren: Preisverleihung

Weitere Informationen:

- [Webseite des LUX-Filmpreises](#)

Plenartagung

Ärzte sollen einfacher im EU-Ausland arbeiten können

Um es Ärzten, Ingenieuren, Zahnärzten und anderen Fachkräften zu erleichtern, im EU-Ausland arbeiten zu können, müssen die Mitgliedstaaten deren Qualifikationen schneller anerkennen, ohne Einschnitte bei der Zuverlässigkeit bzw. Sicherheit ihrer Arbeit für die Bürger zu machen. Über den Resolutionsentwurf des Binnenmarktausschusses wird am Dienstag abgestimmt.

Das derzeitige System der Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat erworben wurden, ist allzu mühsam und zeitaufwändig, so die Abgeordneten.

Das System zu vereinfachen wird nicht nur den mehr als 50 % der jungen Europäer helfen, die laut einer aktuellen Studie im Ausland arbeiten wollen. Es ist auch wichtig, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, den Arbeitsmarkt flexibler zu machen und dem Arbeitskräftemangel in Teilen der EU entgegenzuwirken.

In dem Resolutionsentwurf der Abgeordneten Emma McClarkin (EKR, UK) über die "Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen" wird die Einführung einer freiwilligen Berufskarte vorgeschlagen. Sie soll Prozesse vereinfachen und mit dem bereits vorhandenen Binnenmarktinformationssystem (IMI) verbunden werden, das öffentliche Behörden in der EU verbindet.

Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, soll innerhalb des IMI ein Mechanismus geschaffen werden, der alle Mitgliedstaaten warnt, sollten in einem EU-Staat Maßnahmen gegen eine Fachkraft unternommen werden. Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass es den Mitgliedstaaten erlaubt sein sollte, die Fremdsprachenkenntnisse von Fachkräften im Gesundheitswesen zu testen.

Der Resolutionsentwurf enthält die Vorgaben des Parlaments für einen Gesetzesvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen von 2005, den die Kommission im Dezember vorlegen wird..

Die Mobilität von Fachkräften zu steigern ist eine der zwölf Prioritäten der Binnenmarktakte, des Aktionsplans der Kommission zur Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarktes.

Debatte: Montag, 14. November 2011

Abstimmung: Dienstag, 15. November 2011

Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Umsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(EN, 18.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Emma McCLARKIN \(EKR, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Link zum Binnenmarkt Ausschusses unterliegen Datei auf die Anerkennung von Berufsqualifikationen](#)

Plenartagung

EP fordert Taten, um das Bienensterben aufzuhalten

Die EU soll ihre Investitionen in die Forschung über neue Arzneimitteln erhöhen, um das weitere Bienensterben zu verhindern, heißt es in einem am Dienstag abzustimmenden Resolutionsentwurf. Sie soll zudem ihre Bemühungen koordinieren, um die Bienen, die sich zu einer vom Aussterben bedrohten Art entwickeln, zu schützen.

Die EU-Länder sollen ihre Forschung, Präventionsforschung und Kontrollmaßnahmen bündeln und ihre Ergebnisse mit Labors, Bienenzüchtern, Landwirten und der Industrie teilen, um Überschneidungen zu vermeiden und eine höhere Wirksamkeit zu erzielen.

Laut Entwurf sollen die Forschungsförderung auf EU-Ebene ebenso wie die Unterstützung von Diagnoselabors und Feldtests auf nationaler Ebene verstärkt werden.

Neue Arzneimittel werden beispielsweise gebraucht, um die Varroatose zu bekämpfen, die momentan fast unbehandelbar ist.

Die Abgeordnete sagen, dass Regeln zur Genehmigung und Verfügbarkeit von Tierarzneimitteln für Honigbienen flexibler werden sollen. Auch sollen Anreize für Pharma-Konzerne geschaffen werden, um neue Medikamente zu entwickeln. Der übersteigerte Gebrauch von Antibiotika soll aufgrund deren Auswirkungen auf die Qualität von Bienenprodukten und wachsender Antibiotikaresistenz jedoch vermieden werden.

Die Europäische Kommission soll zudem Entwicklungen der Tiergesundheit in Drittländern überwachen, strengste Bestimmungen für Tiergesundheit anwenden und ein System einführen, um importierte Produkte zu kontrollieren, um die Einführung von exotischen Bienenkrankheiten zu vermeiden.

Geschätzte 84 % der Pflanzenarten und 76 % der Lebensmittelproduktion in Europa sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig.

Debatte: Montag, 14. November 2011

Abstimmung: Dienstag, 15. November 2011

Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Gesundheit von Honigbienen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(EN, 06.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Csaba Sándor TABAJDI \(S&D, HU\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Europäisches Kulturerbe-Siegel ab 2013

Ab 2013 soll es ein freiwilliges Europäisches Kulturerbe-Siegel für symbolische Stätten europäischer Geschichte oder Integration geben. Denkmäler, Stätten im ländlichen oder industriellen Raum, Gedenkstätten oder "zeitgenössische" Kulturerbe-Stätten können mit diesem Siegel ausgezeichnet werden, heißt es in einem am Mittwoch abzustimmenden legislativen Resolutionsentwurf.

Die Teilnahme wird freiwillig sein. Darauf haben sich die EP-Delegation und der Rat bereits informell geeinigt. Besonderes Interesse wird den "länderübergreifenden" Stätten angesichts ihrer besonderen Symbolik für die gemeinsame europäische Geschichte zukommen. Mitgliedstaaten können sich auch für mehrere Stätten in gleichem Land mit demselben Thema bewerben.

Alle zwei Jahre können Mitgliedstaaten bis zu zwei Stätten als Kandidaten vorschlagen. Die Jury, die aus 13 unabhängigen Experten besteht, darf eine pro Land auswählen.

Die Mitgliedstaaten sollen die Stätten verwalten, schützen und bewerben, wohingegen sich die Kommission um Kommunikation und Sensibilisierung kümmern wird.

Debatte: Dienstag, 16. November 2011

Abstimmung: Mittwoch, 17. November 2011

Verfahren: Mitentscheidung, zweite Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtstext](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(EN, 05.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Chrysoula PALIADELI \(S&D, EL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Online-Glücksspiele: Stärkere EU-Zusammenarbeit gegen Schwarzmarkt und für Kinderschutz

Die EU-Mitgliedstaaten sollten weiterhin ihre Online-Glücksspielmärkte selbst regeln dürfen. Der grenzüberschreitende Charakter von Online-Glücksspieldiensten erbringe durch eine EU-weite Koordinierung ihrer Maßnahmen aber einen eindeutigen Zusatznutzen. So könnte illegalem Glücksspiel vorgebeugt werden. Auch könnten Kinder und gefährdete Erwachsene vor Spielsucht geschützt werden, heißt es in einer am Donnerstag abzustimmenden Resolution des Binnenmarktausschusses.

Ca. 10 % aller Glücksspiele, mit einem Marktvolumen größer als 10 Milliarden Euro, laufen im Internet ab, entweder über Handys oder über interaktive TV-Plattformen. Jürgen Creutzmann (ALDE, DE) legt mit dieser nicht-legislativen Resolution die Ausgangsposition des Parlaments zu einem Grünbuch der Kommission vom März 2011 fest.

Debatte: Montag, 14. November 2011

Abstimmung: Dienstag, 15. November 2011

Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung über die Abstimmung im Ausschuss \(EN, 06.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jürgen CREUTZMANN \(ALDE, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

42,3 Mio. Euro Finanzhilfe für Arbeitslose in Irland, Österreich & Griechenland

Am Mittwoch stimmen die Parlamentarier über Finanzhilfen in Gesamthöhe von 42,3 Mio. Euro für Arbeitslose in Irland, Österreich und Griechenland ab.

Irland hat 35,7 Mio. Euro aus dem EU-Globalisierungsfonds (EGF) beantragt, um damit fast 6.000 Arbeitslosen bei der Wiedereingliederung im Arbeitsmarkt zu helfen. Die Kündigungen wurden von fast 3.300 Unternehmen im Baugewerbe, Architektur, Ingenieurwesen und technische Verfahren ausgesprochen.

Österreich hat EGF-Gelder in Höhe von 3,6 Mio. Euro beantragt. Der Antrag betrifft 2.338 Entlassungen, von denen 502 für Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen sind, in 706 Unternehmen in den Sektoren Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen.

Griechenland hat 2,9 Mio. Euro Finanzhilfe beantragt, um 642 entlassenen Angestellten nach der Schließung von ALDI-Supermärkten zu helfen.

EGF-Hilfen unterstützen entlassene Arbeitnehmer bei der Jobsuche durch die Kostendeckung von Schulungen und Jobvermittlungsmaßnahmen. Die jährliche Obergrenze des Fonds beträgt 500 Mio. Euro.

Abstimmung: Mittwoch, 16. November 2011

Verfahren: Haushalt

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Haushaltsausschuss \(07.11.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Barbara MATERA \(EVP, IT\)](#)

Plenartagung

EP stimmt über 40 Millionen Euro für integrierte Meerespolitik ab

Die Abgeordneten werden am Donnerstag über einen Fördertopf von 40 Mio. Euro abstimmen, den die EU für Projekte im Rahmen des 2007 vereinbarten Aktionsplans für integrierte Meerespolitik für den Zeitraum 2011-2013 zur Verfügung stellen soll. Der EP-Delegation ist es unter Führung des Berichterstatters Georgios Koumoutsakos (EVP, GR) gelungen, eine informelle Einigung mit dem Rat in erster Lesung auszuhandeln.

Die integrierte Meerespolitik der EU umfasst die Bereiche Verkehr, Fremdenverkehr und Fischerei ebenso wie Umweltschutz und Wahrung der Biodiversität.

Die Abgeordneten wollen zudem künftige Fördermittel im Rahmen der Finanzvorschau 2014-2020 ausdrücklich festschreiben.

Debatte: Donnerstag, 17. November 2011

Abstimmung: Donnerstag, 17. November 2011

Verfahren: Mitbestimmung, erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zur Verordnung über das Unterstützungsprogramm der integrierten Meerespolitik](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Georgios KOUMOUTSAKOS \(EVP, GR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Parlament befasst sich mit der Diskriminierung von Roma

Die EU-Parlamentarier diskutieren über Diskriminierung von und Menschenrechtsverletzungen an Roma am Mittwochnachmittag. Die Kommission und der Rat sollen darüber Auskunft geben, welche Maßnahmen sie ergreifen, um dieses fortbestehende Problem zu lösen und um das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit der Roma-Bürger in Europa sicherzustellen.

Vor einigen Monaten wurden EU-Leitlinien mit Integrationszielen für die Roma in den Bereichen Erziehung, Arbeit, Gesundheit und Behausung angenommen. Die Mitgliedstaaten sollen der Kommission bis Ende 2011 nationale Strategien vorlegen, wie sie diese Ziele zu erreichen gedenken.

Das Parlament legte seine Forderungen zur diesen Strategien in einer im März verabschiedeten Resolution fest.

Debatte: Mittwoch, 16. November 2011

Verfahren: Mündliche Fragen an Rat und Kommission

Weitere Informationen:

- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an den Rat - EVP-Fraktion](#)
- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an die Kommission - EVP-Fraktion](#)
- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an den Rat - S&D-Fraktion](#)
- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an die Kommission - S&D-Fraktion](#)
- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an den Rat - ALDE-Fraktion](#)
- [Anfrage zur Mündliche Beantwortung an die Kommission - ALDE-Fraktion](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments zur EU-Strategie zur Integration der Roma](#)
- [EU-Rahmen für nationale Roma-Integration-Strategien](#)

Plenartagung

Offenes Internet und Netzneutralität in Europa gewährleisten

Das Internet soll offen und neutral bleiben, verlangen die EU-Abgeordneten in einem Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird. Dies soll durch die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Telekommunikationsregeln gewährleistet werden. Ebenso fordern die Parlamentarier die Europäische Kommission auf, die Verwaltungsmethoden der Internetnutzung zu überwachen, um beispielsweise zu garantieren, dass die Internetverbindung der User nicht abbricht, wenn Netzwerke überlastet sind.

Debatte: Mittwoch, 16. November 2011

Abstimmung: Donnerstag, 17. November 2011

Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Herbert REUL \(EVP, DE\)](#)
- [Berichtstext](#)

Plenartagung

Parlament setzt sich für fairen Wettbewerb auf der Schiene ein

Das Plenum wird über einen Richtlinienentwurf abstimmen, der die Wettbewerbsregeln im Bahnverkehr enger fassen und den Weg zu einem offenen und wettbewerbsfähigen, einheitlichen europäischen Bahnraum ebnet, der Bahnkunden und -fahrgästen mehr und bessere Dienstleistungen bietet. Jeder Mitgliedstaat soll einen unabhängigen Regulator einsetzen, der Marktbarrieren und -verzerrungen verhindert, fordert der Verkehrsausschuss in dem von Debora Serracchiani (S&D, IT) gezeichneten Bericht.

Die Berichterstatterin tritt im Zuge der Neufassung für eine Verschärfung der Vorgaben der Richtlinien 91/440/EEC, 95/18/EC and 2001/14/EC ein, um größere finanzielle Transparenz und ein klar getrenntes Abrechnungswesen zwischen Bahnverkehrsunternehmen und Netzbetreiber zu garantieren.

Debora Serracchiani (S&D, IT) und der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Brian Simpson (S&D, UK), laden nach der Abstimmung zu einer Pressekonferenz.

Debatte: Montag, 14. November 2011

Abstimmung: Mittwoch, 16. November 2011

Verfahren: Mitentscheidung, erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Verkehrsausschuss \(EN, 11. 10. 2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Debora SERRACCHIANI \(S&D, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

- Das europäische Kino im digitalen Zeitalter (Abstimmung Mittwoch)
- Vorlage des Jahresberichts des Rechnungshofs 2010
- Gipfeltreffen EU/USA am 28. November 2011
- Weltweite Bekämpfung des illegalen Fischfangs
- Verbraucherpolitik (Abstimmung Dienstag)
- Der demografische Wandel und seine Folgen für die Kohäsionspolitik (Abstimmung Dienstag)
- Beihilfevorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Abstimmung Dienstag)
- Athener Übereinkommen über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See (Abstimmung Dienstag)
- Insolvenzverfahren im Rahmen des Gesellschaftsrechts der EU (Abstimmung Dienstag)
- Die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU 2010 (Abstimmung Mittwoch)
- Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung (Abstimmung Dienstag)
- Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag)
- Verhandlungen über das Assoziationsabkommen EU-Georgien (Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag)
- Die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren auf die Kanarischen Inseln (Abstimmung Dienstag)